

FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE



## Bericht aus dem Kantonsrat

### **Turbulent, anstrengend – weitreichend**

Eine turbulente und anstrengende Session liegt hinter uns. Es gab einzelne Erfolge (z.B. Anträge beim AFP), aber gerade im wichtigen Thema Service Public bei der PCG-Vorlage auch klare Misserfolge. Die Folgen werden uns und der Bevölkerung noch schmerzen! Zu bedauern ist auch der Ausgang der Diskussionen rund um die Vertretung der Frauen in den Unternehmen mit kantonaler Beteiligung. Freude bereitet die gelungene Wahl von Benedikt Landolt ins Kantonsgericht.

Freude macht ebenso die klare Haltung der Fraktion gegen die Aufweichung des Raumplanungsrechtes. Die gelungene Verknüpfung mit allen Umweltorganisationen wird in den kommenden Wahlen Früchte tragen. Wichtig ist jetzt ein erfolgreicher Start mit dem Referendum gegen den Nachtrag zum Baugesetz. **Ich bitte euch alle, das Referendum aktiv zu unterstützen und mindestens an einer Unterschriftensammelaktion teilzunehmen!** Mehr Informationen dazu

Franziska Wenk (Grüne, St.Gallen) hat sich aus der Fraktion verabschiedet und teilt ihre Kräfte neu ein. Wir wünschen ihr das Beste und hoffen, dass sie zu einem späteren Zeitpunkt wieder auf das politische Parkett zurückkehrt.

*Peter Hartmann, Fraktionspräsident SP-Grüne*

### **Ausgaben- und Finanzplan: Lohnerhöhung für Personal möglich**

Die Debatte im Kantonsrat zum Aufgaben- und Finanzplan für die Jahre 2016-2018 war geprägt von der Aufhebung des Euro-Mindestkurses, der beim Erlass des AFP noch nicht bekannt war. Deshalb bekämpften FDP und SVP auch die von der Regierung für 2016 vorgesehene Realloohnerhöhung von 1% für das Staatspersonal und wollten der Regierung vorschreiben, diese für das Budget 2016 nicht vorzusehen. Doch die Mehrheit des Rats wollte dem Budgetprozess und den anstehenden Verhandlungen der Sozialpartner nicht vorgreifen. Gegen unseren Widerstand erteilte der Rat der Regierung den Auftrag, künftig ohne die Ausschüttungen der Nationalbank zu budgetieren. Dies erhöht den Druck auf die Budgetierung, welche durch die rigide Schuldenbremse noch verstärkt wird.

*Laura Bucher, SP St.Margrethen*

### **PCG – gegen unseren Willen**

In der Public Corporate Governance (PCG) – Vorlage bestimmte der Kantonsrat gegen den Willen der SP-Grüne-Fraktion, dass der Verwaltungsrat der Spitalverbunde und der Psychiatrieverbunde nicht mehr durch die Vorsteherin des Gesundheitsdepartementes präsidiert werden darf. Unverständliche Entscheide, wenn man die bisher guten Erfahrungen im Kt SG und die grossen Probleme in einigen anderen Kantonen in Betracht zieht. Im Gesundheitswesen, das von hoher strategischer und finanzieller Bedeutung ist und der Sicherstellung der Grundversorgung dient, wäre es für den Kanton sehr wichtig, dass Heidi Hanselmann weiterhin die Verwaltungsräte präsidiieren könnte.

Der Regierung wurde ein Auftrag aufs Auge gedrückt, zu prüfen, ob man das Zentrum für Labormedizin in den Spitalverbund integrieren kann. Ein völlig unnötiger Auftrag und in einem denkbar ungünstiger Zeitpunkt, wo es um die Neubesetzung der Präsidentin / des Präsidenten des Verwaltungsrates geht. Weiter will sich der Kantonsrat in die Wahl einmischen, in dem er die Wahl durch die Regierung bestätigen will. Auch da werte sich die SP-Grüne-Fraktion vergeblich dagegen.

Weitere Beteiligungen wurden unter die Lupe genommen, aber es gab nur im GD grosse Änderungen. Neu in den Gesetzen für die obersten strategischen Räte ist, dass die Mitglieder - bei ausreichenden Gründen - während der Amtsdauer abgewählt werden können und, dass das Amt

FÜR ALLE  
STATT  
FÜR WENIGE



höchstens bis zum 70. Altersjahr ausgeübt werden darf. Die Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder in den strategischen Führungsorganen soll öffentlich sein. Danke einem Vorstoss der SP-Grüne-Fraktion konnte der Regierung ein Auftrag erteilt werden, dass künftig in den VR von Unternehmen, in denen der Kanton beteiligt ist, beide Geschlechter vertreten sein müssen. Bisher gibt es immer noch 19 von 74 Räten, die reine Männergremien sind. Unbefriedigend ist die Absichtserklärung der Regierung, dass sie ihre Anteile an zwei Bahn- und einem Busunternehmen ohne Not abtosseln will. Da besteht Gefahr, dass der Service Public im wahrsten Sinne des Wortes unter die Räder fällt.

*Agnes Haag, SP St.Gallen*

### **Bericht Polizeiliche Sicherheit im Kanton St. Gallen und XII. Nachtrag zum Polizeigesetz**

Die SP Grüne Fraktion nahm von dem vom SJD vorgelegten Bericht zustimmend Kenntnis. Der sehr gut verfasste Bericht legt dar, dass das Polizeikorps in den nächsten sechs Jahren um 98 Stellen aufgestockt werden soll, wovon 15 Stellen bereits mit dem letzten Budget bereits bewilligt wurden. Sicherheit für alle und nicht nur für wenige ist der SP wichtig und das Gewaltmonopol soll beim Staat bleiben und nicht an Private ausgelagert werden. Auch die bürgerlichen Fraktionen haben den Bericht positiv zur Kenntnis genommen. Hoffentlich denken sie dann auch daran, wenn mit dem kommenden Budget die nächsten Polizeistellen bewilligt werden müssen.

*Sepp Kofler, SP Uznach*

### **Gewaltmonopol beim Staat: Stellen im Polizeikader bewilligt**

Die wichtigen und vielfältigen Aufgaben der Kantonspolizei können nach Meinung der Fraktion von SP und Grünen nur mit einer Aufstockung der Stellen erfüllt werden. Nur damit kann sichergestellt werden, dass das Gewaltmonopol beim Staat bleibt (und nicht an private Sicherheitsfirmen ausgelagert wird). Wichtig ist eine Aufstockung auch, um die Arbeitsbedingungen der Polizisten und Polizistinnen zu verbessern und zu viele Überstunden zu vermeiden.

*Franziska Wenk, Grüne St.Gallen*

### **Steuergerechtigkeit: Abstimmung über Initiative der SP und Grünen im Bündnis „Zukunft statt Abbau“**

Mit der Steuergerechtigkeitsinitiative will die SP einen Kontrapunkt setzen zur Spar- und Abbaupolitik. St.Gallen soll, wie das fast alle Kantone tun auch bei der Vermögenssteuer wieder eine moderate Progression einführen. Die Vermögen über 1 Mio. Franken sollen etwas stärker besteuert werden. Das ist für die Vermögenden, die das betrifft problemlos verkraftbar und gibt dem Kanton die Möglichkeit z.B. bei der Prämienverbilligung nötige Verbesserungen zu erreichen. Der KR lehnte unsere Initiative mit 82:24 ab. Wir sind überzeugt davon, dass die Stimmberechtigten an der Urne anders und sozialverträglicher entscheiden werden als das bürgerlich dominierte Parlament.

*Ruedi Blumer, SP Gossau*

### **Geriatrische Klinik St.Gallen: Wichtiger Investitionen**

Die SP-Grüne Fraktion sieht aufgrund der demographischen Entwicklung und damit auch der Zunahme multimorbiden Patientinnen und Patienten zum Teil mit Notwendiger palliativer Behandlung den Investitionsbedarf als ausgewiesen. Der Rundgang hat bestätigt, dass die Investition dringend nötig ist. Die Arbeitsabläufe sind heute ungenügend und werden mit einer Sanierung verbessert. Der räumliche Handlungsbedarf auf Einbett-, zwei- und Dreibettzimmer mit behindertengerechten Nasszelle entspricht dem heutigen Standard der Alters- und Pflegeheime in den Gemeinden. Die Strategische Ausrichtung mit den aufgeführten Schwerpunkten – auf (Seite 5) der Vorlage - speziell die Memory Clinic sowie die Ausbildung von Fachspezialisten sehen wir als wichtigen Aspekt im geriatrischen Kompetenzzentrum des Kantons St.Gallen.

*Ludwig Altenburger, SP Buchs*